

Es informiert Sie	Holger Müller
Telefon (0202)	563 7425
Fax (0202)	563 8022
E-Mail	holger.mueller@stadt.wuppertal.de
Datum	31.03.2005

Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Cronenberg (SI/3716/05) am 16.03.2005

Anwesend sind:

Vorsitz

Frau Ingeborg Alker ,

von der CDU-Fraktion

Frau Ilona Beltermann , Herr Günter Groß , Herr Helmut Hannert , Frau Claudia Schmidt , Herr Gerd Weisbeck ,

von der SPD-Fraktion

Herr Hans-Peter Abé , Frau Ursula Abé , Herr Dieter Scherff , Frau Liane Schmidt ,

von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Regina Orth , Herr Hans-Peter Vorsteher ,

von der FDP

Herr Walter Thomann ,

von der WfW

Herr Gerhard P. Hirsch ,

von der UWG

Herr Volker Lohmann ,

Mitglied mit beratender Stimme

Herr Paul Yves Ramette , Herr Andreas Weigel ,

als Sprecher des Bezirksjugendrates für den Stadtbezirk Cronenberg

Herr Felix Grasser, Herr Jens Gernot Quast,

von der Verwaltung

Frau Beig. Marlis Drevermann , Frau Sabine Fahrenkrog , Herr Michael Hoffmann (jeweils bis 19.55 h, TOP 2.1), Herr Dieckmann (bis 20.20 h, TOP 4),

als Vertreter/in des Oberbürgermeisters

Herr Joachim Rubert ,

als Gäste

Herr PHK Hakenbeck, Herr Christian Massing (WSW AG, bis 20.05 h, TOP 3)

Schriftführer

Herr Holger Müller ,

Nicht anwesend sind:

Mitglied mit beratender Stimme

Herr Dr. Frank Pongé , Herr Oliver Siegfried Wagner ,

Oberbürgermeister

Herr Peter Jung ,

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 21:00 Uhr

I. Öffentlicher Teil

Frau Alker begrüßt die Teilnehmer und eröffnet.

1 Bezirksjugendrat für den Stadtbezirk Cronenberg

Herr Grasser berichtet über die aktuellen bzw. geplanten Aktivitäten des Bezirksjugendrates.

2 Umbau / Erweiterung des Schulgebäudes Am Hofe Berichterstattung: Frau Beig. Drevermann / Stadtbetrieb 206 GMW - Herr Hoffmann

Herr Hoffmann stellt die geänderten Umbau- bzw. Erweiterungspläne im Detail vor, die mit den Schulkonferenzen der GGS Kampstraße und GGS Am Hofe besprochen worden seien. Der neue Modulbau werde nun – abweichend von den bisherigen Planungen – unmittelbar an den alten Erweiterungsbau angebaut. Das alte Schulgebäude erhalte im Wege des Umbaus eine neue Pausenhalle. Der Toilettenbereich könne verkleinert werden, da im Erweiterungsbau Toiletten neu geschaffen würden. Stattdessen werde ein Hausmeisterbüro realisiert. Im EG und allen OG würden je 2 Klassenräume entstehen, im EG dazwischen Sanitätsraum und Bibliothek. Im 1.OG seien Schulleiterzimmer und Sekretariat sowie das bisherige Leitungszimmer für die stellv. Leitung der Schule vorgesehen. Im 2.OG entstünden Lehrerzimmer und Lehrmittelraum. Im DG seien neben 2 kleineren Klassenräumen jeweils ein Gruppen-, ein Lehrmittelraum sowie Toiletten eingeplant.

Von Frau Alker auf die Zeitplanung angesprochen, teilt Frau Fahrenkrog mit, die Beratung im Schulausschuss solle am 12.04.2005 stattfinden.

Herr Hoffmann fährt fort, Aufwand bzw. Kosten der geänderten Planung seien höher als bei der ursprünglich vorgestellten Variante. Die Berechnung sei allerdings noch nicht ganz abgeschlossen. Der bisherige Zeitplan ändere sich ebenfalls; der Neubau könne wegen einzuhaltender Ausschreibungsfristen nicht bis zum Sommer 2005 errichtet werden. Deshalb würden kurz vor den Sommerferien Klassenraum-Container aufgestellt. In den Sommerferien werde dann mit der Altbausanierung begonnen. Parallel dazu solle mit dem neuen Modulbau begonnen werden. Bauzeit etwa 3 – 4 Monate. Er hoffe, dass alles bis zum Sommer 2006 fertiggestellt sein werde. Die Betreuung werde zunächst in dem alten Modulbau fortgeführt.

Auf die Frage von Herrn Weisbeck nach der Zustimmung des Kämmerers teilt Frau Beig. Drevermann mit, der Durchführungsbeschluss werde in Abstimmung mit dem Kämmerer in den Schulausschuss eingebracht. Die Finanzierung müsse unter allen Umständen sichergestellt werden. Aus Bundesmitteln würden auch pro Raum 80.000 € für die offene Ganztagsgrundschule beantragt.

Herr Stv. Vorsteher könnte sich vorstellen, das Verfahren bei Bedarf auch durch eine Dringlichkeitsentscheidung zu beschleunigen.

Herr Thomann hält die jetzt vorgestellte Planung für eine in die heutige Zeit passende Lösung. Dass dieses Konzept zusammen mit den Eltern der Kinder erarbeitet worden sei, sei um so erfreulicher.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 16.03.2005:

Aufgrund der heute vorgestellten Gesamtplanung für den Schulstandort Am Hofe stimmt die Bezirksvertretung der Errichtung des Leichtbaus nunmehr zu.

Einstimmigkeit.

2.1 Grundschulen Cronenberger Straße / Küllenhahn
Vorlage: VO/0337/05

Frau Beig. Drevermann hält den vorliegenden Antrag bzgl. Ziff. 3 für problematisch. Der entspr. Ratsbeschluss sehe ausdrücklich die Änderung der Schulbezirksgrenzen vor. Die Grundschulen Hermann-Herberts-Schule und Küllenhahn müssten erweitert werden. Hierzu sei ein Durchführungsbeschluss erforderlich. Ohne diese Voraussetzungen werde die Aufsichtsbehörde den Grundschulentwicklungsplan nicht genehmigen.

Herr Stv. Vorsteher weist darauf hin, die Bezirksvertretung Elberfeld werde sich in ihrer April-Sitzung ebenfalls mit dem Thema befassen (GGs Cronenberger Straße). Danach sollte ein Gespräch mit der Verwaltung mit der Verwaltung stattfinden, ohne Konfrontation und zur Erreichung der besten Lösung für Eltern und Schüler.

Herr Weisbeck schlägt vor, Ziff. 3 des Antrags zu streichen.

Herr Stv. Ramette hinterfragt den lt. GMW erzielbaren Verkaufserlös für die GGS Cronenberger Straße. Vielleicht würde dies ja mit einem späteren Auflösen des dortigen Schulbetriebs zusammenpassen (temporäre Dependance-Lösung?).

Herr Hoffmann berichtet, die Station Natur und Umwelt würde gern in das Hauptgebäude der Schule wechseln. Die genannten 300.000,00 € Verkaufserlös seien eine Schätzung und beinhalteten schon den Verbleib der Station am Standort. Das Wertgutachten bleibe abzuwarten. Zur Erweiterung der Hermann-Herberts-Schule gebe es einen Ratsbeschluss. Der Leichtbau solle bereits in diesem Sommer abgerissen werden.

Herr Scherff stimmt dem Antrag in der vorliegenden Drucksache grundsätzlich zu, stellt jedoch die Frage, ob nicht ein Ratsbeschluss erforderlich wäre.

Frau Beig. Drevermann verdeutlicht, dass die neuen Schulbezirke ohne die GGS Cronenberger Straße zugeschnitten würden, um auf Dauer eine tragfähige Lösung zu bekommen. Sie schläge vor, die Thematik erst dann erneut zu beraten, wenn die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2006/2007 vorliegen. Im übrigen bedeute die auslaufende Auflösung der Schule, dass drei Jahrgänge die GGS Cronenberger Straße bis zum Ende ihrer Ausbildung besuchen können (s. Ratsbeschluss zum Schulentwicklungsplan).

Herr Thomann hätte Probleme, zum jetzigen Zeitpunkt auf Ziff. 3 des Antrags zu verzichten. Der Ratsbeschluss müsste auch den verschobenen Termin mitnehmen. Der Zeitplan sollte an dieser Stelle weiter gefasst sein.

Frau Beig. Drevermann betont, dass man den Eltern klar sagen müsse, in welche Schule sie ihre Kinder einschulen können. Sie erinnert außerdem an das harte Ringen in der für den Grundschulentwicklungsplan eingesetzten Arbeitsgruppe und unterstreicht noch einmal das System der auslaufenden Auflösung. An dieser Stelle gebe es sogar eine Ausnahme-genehmigung der Bezirksregierung. Der

gesamte Prozess müsse steuerbar bleiben. Es gebe keine neuen Erkenntnisse seit dem Ratsbeschluss zum Schulentwicklungsplan.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 16.03.2005:

Die weitere Beratung wird (voraussichtlich bis Dezember 2005) vertagt, bis die Anmeldezahlen für die einzelnen Grundschulen vorliegen.

Einstimmigkeit.

3 Neu errichtete Regenrückhaltebecken (RRB) in Cronenberg
Berichterstattung: WSW AG

Herr Massing berichtet über den Ausbau- bzw. Verfahrensstand verschiedener Regenrückhaltebecken in Cronenberg.

Aufgrund der aufgeworfenen Fragen wird eine gemeinsame Ortsbegehung vereinbart.

(Hinweis: Der Termin wurde zwischenzeitlich auf Mittwoch, 20.04.2005, 15.30 h, Treffpunkt Borner Straße/Borner Hofwiese festgelegt.)

4 Winterdienst in Cronenberg
Berichterstattung: ESW - Herr Dieckmann
Vorlage: VO/0314/05

Frau Alker stellt voran, die Bezirksvertretung sei nicht gewohnt, schriftliche Stellungnahmen in einem derartigen Ton zu erhalten, und bittet Herrn Dieckmann um Bericht.

Herr Dieckmann betont, im Prinzip bleibe er bei seiner schriftlichen Stellungnahme. Es gebe in Wuppertal ca. 700 reine Wohnstraßen. Der Winterdienst könne nur nach Prioritäten erfolgen. Der ESW könne nicht jede Straße so zeitnah fahren, wie von der Bevölkerung gewünscht. Er könne die Kritik in der globalen Form nicht verstehen. Die Buscherhofer Straße sei am 17.02.2005 geräumt worden.

Frau Alker fragt, welche Straßen denn in Priorität 2 oder 3 eingeordnet seien und ob die Bezirksvertretung nicht eine Liste bekommen könne.

Herr Dieckmann weist darauf hin, die Presse veröffentliche jeden Tag die Rufnummer des Sauberkeitstelefon. Aber auch telefonisch seien keine nennenswerten Beschwerden eingegangen.

Herr Weisbeck entgegnet, die Probleme beständen immer in den ersten 2-3 Tagen des Schneefalls. Es gehe um die Organisation. Der Eindruck bestehe, dass nicht sofort nach Einsetzen des Schneefalls mit dem Winterdienst begonnen werde.

Herr Stv. Weigel möchte wissen, ob auch Privatfahrzeuge im Einsatz seien bzw. wer die ÖPNV-Haltestellen von Schnee und Glätte befreie.

Herr Dieckmann teilt mit, die WSW hätten keinen eigenen Winterdienst. Der Einsatz von privaten Unternehmen im Winterdienst halte er für problematisch. Lediglich zwei Landwirte seien in Wuppertal in den Dienst eingebunden. Der ESW wisse sehr wohl, wenn der Winter einsetze. Das Personal habe morgens ab

03.30 h geräumt und gestreut. In Wuppertal gebe es zwischen 300 und 400 Straßen in der Priorität 1. Mit Remscheid und Solingen sei das nicht vergleichbar.

Herr Stv. Vorsteher berichtet, in bezug auf den Jung-Stilling-Weg habe die Hotline gut funktioniert.

Herr Thomann hielte es ebenfalls für sinnvoll, die Liste der Straßen mit den Prioritäten zu veröffentlichen.

Herr Scherff regt an, die Liste ggf. im Stadtbüro auszulegen.

Frau Alker spricht die Straßen an, bei denen die Kategorien der Straßenreinigung nicht mit den Winterdienst-Prioritäten übereinstimmen.

Herr Dieckmann sagt zu, die gegebenen Anregungen aufzunehmen. Er warne allerdings, dass dadurch auch eine Erwartungshaltung in der Bevölkerung geweckt werden könnte.

Herr Stv. Weigel weist darauf hin, dass die Situation in Cronenberg und Ronsdorf anders sei als in den übrigen Stadtteilen. Probleme gebe es insbesondere auch wegen der WSW-Busse. Im übrigen gehe er davon aus, dass auch schon einmal ein Fahrzeug im Winterdienst ausfalle.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 16.03.2005:

Der Bericht wird ohne Beschluss entgegen genommen.

**5 Bauleitplanverfahren Nr. 496 - Kuchhauser Straße -
(Flächennutzungsplanänderung und 2. Änderung des Bebauungsplanes)
Erweiterung des Geltungsbereiches
Vorlage: VO/0096/05**

Frau Alker weist darauf hin, dass in der Bürgeranhörung zu diesem Bauleitplanverfahren mehrheitlich eine lockere Bebauung in Form einer Randbebauung des Grundstücks angesprochen worden sei. Gleichwohl werde mit der heutigen Drucksache wiederum eine massive Bebauung vorgeschlagen.

Herr Weisbeck macht unter Verweis auf den Beschluss der Bezirksvertretung aus Dezember 2003 deutlich, die massive Bebauung werde abgelehnt. Die Verwaltung möge neue / alte Pläne mit der von Frau Alker schon zitierten Bürgeranhörung vorlegen. Er beantrage, die Beratung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Herr Stv. Vorsteher schließt sich dem an. Weniger könne mehr sein. Hier werde eine Bebauung vorgelegt, die in Cronenberg gerade nicht gebraucht werde.

Herr Stv. Weigel bittet, deutlich – und zwar im Beschluss selbst – die abweichende Meinung zu formulieren, denn als reine Protokollnotiz führe dies in der Regel zu Schwierigkeiten in den nachfolgenden Beratungen im Fachausschuss bzw. Rat der Stadt. Diese Bebauung passe jedenfalls nicht nach Cronenberg. Er werde im Ausschuss Bauplanung empfehlen, nicht zuzustimmen.

Herrn Stv. Ramette verwundert die Formulierung in der Drucksache, dass die künftig in den 18 Einfamilienhäusern lebenden Kinder von der Gemeinschaftsgrundschule Kampstraße aufgenommen werden könnten.

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 16.03.2005:

1. Die Kenntnisnahme wird verweigert, da die lt. Anlagen 07 und 08 zur Drucks. VO/0096/05 geplante Bebauung nicht dem Beschluss der Bezirksvertretung vom 17.12.2003 und der daraus resultierenden Bürgeranhörung entspricht.
2. Die Bezirksvertretung bittet um Vorlage eines neuen weniger massiven Bauungskonzeptes und um Beifügung des Berichtes über die Bürgeranhörung.
3. Die weitere Beratung wird auf die Sitzung am 13.04.2005 vertagt. Die Bearbeiterin des Bauleitplanverfahrens wird gebeten, in dieser Sitzung als Berichterstatterin Stellung zu nehmen.

Einstimmigkeit.

6 Neuwahl einer Schiedsperson für den Schiedsbezirk C/12 - Cronenberg-Nord
Vorlage: VO/0248/05

Beschluss der Bezirksvertretung Cronenberg vom 16.03.2005:

Die Bezirksvertretung Cronenberg wählt Herrn Werner Schlenker für 5 Jahre zur Schiedsperson des Schiedsbezirk C/12 - Cronenberg-Nord.

Einstimmigkeit.

7 Berichte und Mitteilungen

Frau Alker weist auf die Frist 15.05.2005 für die Abgabe von Vorschlägen zur Ehrung verdienter Bürgerinnen und Bürger bei Ressort 201 hin.

Außerdem spricht sie kurz die an die Fraktionssprecher weitergeleitete Mitteilung von Herrn Lenz vom 07.03.2005 zu den IT-Kosten für die Einrichtung einer Dependence der ARGE in Cronenberg hin, die als Zwischenbericht gewertet werde.

7.1 Bebauungsplan 956 - Gewerbegebiet Korzert / Normenkontrollverfahren

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis von der Mitteilung des Ressorts 101.22 vom 04.03.2005.

Herr Stv. Ramette erklärt, die Grünen nähmen zwar Kenntnis, blieben jedoch trotzdem bei der Meinung, dass es innerhalb des Normenkontrollverfahrens eine Formulierung zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Hofschaf Korzert bzw. die Pferdewiese gebe.

- - -